


**Antrag an den 60. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland
25./26.04.2015, Memmingen**

 <p>europa-union deutschland Mitwirken am Europa der Bürger</p>	wird vom Bundessekretariat ausgefüllt
	Nr. des Antrags: L1
Antragsteller : Präsidium	Titel/Thema: Europa gestalten und Frieden erhalten
Bundesverband	Empfehlung der Antragskommission:

Der BUNDESKONGRESS der Europa-Union Deutschland möge beschließen:

1 **Europa gestalten und Frieden erhalten**

2 Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedsstaaten stehen vor vielfältigen Herausforderungen.
3 Insbesondere die letzten Monate sind von Krisen und Konflikten geprägt, welche die Welt insgesamt
4 instabil erscheinen lassen. Umso mehr bedarf es in Europa eines gemeinsamen politischen und soli-
5 darischen Engagements, um ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Wohlstand und
6 Würde für alle Menschen zu gewährleisten. Nur eine politisch gestärkte und geschlossen handlungs-
7 fähige EU ist in der Lage, diese Ziele zu erreichen und gleichzeitig verlorengegangenes Vertrauen
8 ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

9 ***Terrorismus bekämpfen***

10 Die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika haben in den letzten Jahren zu
11 bedeutsamen Umbrüchen geführt. Gegenwärtig sind wir Beobachter eines Prozesses der Neuordnung
12 einer gesamten Region, der zunehmend konfliktreich, gewaltsam und chaotisch verläuft und daher
13 Anlass zu großer Sorge gibt, da die wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Entwick-
14 lungen in dieser Region für Europa unmittelbare Auswirkungen haben.

15 Der vom IS ausgeübte brutale Terror ist eine massive Bedrohung für Frieden und Sicherheit. Die
16 Übergriffe des IS auf hilflose Menschen in Syrien und dem Irak, die Hinrichtungen, Zerstörungen von
17 Kulturgütern und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung sind auf das schärfste zu verurteilen. Die EU
18 muss sich gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft geschlossen gegen diesen Terror
19 stellen. Eine humanitäre Katastrophe noch größeren Ausmaßes ist mit allen gegebenen Möglichkeiten
20 abzuwenden. Gleichzeitig sind demokratische Entwicklungen, die mittelfristig zur Stabilität der Region
21 beitragen, durch die EU zu fördern.

22 ***Völkerrecht nachhaltig durchsetzen***

23 Gerade der Konflikt in der Ukraine zeigt, dass Frieden im Europa des 21. Jahrhunderts keine Selbst-
24 verständlichkeit und das Wiederaufleben längst überwunden geglaubter Ost-West-Spannungen nicht
25 ausgeschlossen ist. Die völkerrechtswidrige Aneignung der Krim und die massive Unterstützung der
26 Separatisten in der Ostukraine mit Waffen und Soldaten durch die russische Föderation haben ge-
27 zeigt, dass der Frieden in Europa nur dann dauerhaft gewahrt werden kann, wenn alle europäischen
28 Staaten sich an die Regeln des Völkerrechts halten. Da der russische Präsident Putin sich daran bis-

29 lang nicht hält, kommt der Westen weiterhin um eine Politikmischung aus Bereitschaft zur Abschre-
30 ckung über verstärkte Wirtschaftssanktionen und eine erhöhte nationale Bündnisfähigkeit in Verbin-
31 dung mit steter Dialog- und Verhandlungsbereitschaft nicht herum.

32 Die großen Einsätze der Bundesregierung und der französischen Regierung, die zum Minsker Ab-
33 kommen geführt haben, können nur ein erster Schritt zu einer Vermeidung der Fortsetzung des Krie-
34 ges in der Ukraine sein. Europas Frieden setzt voraus, dass die Einheit der Ukraine in ihren jetzigen
35 Grenzen erhalten bleibt und demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse im gesamten Staatsge-
36 biet der Ukraine hergestellt werden. Die demokratischen Kräfte in der Ukraine, die eine enge Verbun-
37 denheit mit der EU und der westlichen Welt wünschen, sollten durch die EU in enger Zusammenarbeit
38 mit den USA verstärkt unterstützt werden. Dabei geht es nicht nur um die Stabilität der Ukraine son-
39 dern auch der mittel-und osteuropäischen Mitglieder von EU und NATO.

40 Die russische Föderation wird durch eine enge Verbindung früherer Sowjetrepubliken an die EU nicht
41 bedroht. Die EU ist ein Friedensverbund, der sich eine friedliche Partnerschaft auch mit Russland
42 wünscht. Eine solche Zusammenarbeit würde die Wirtschaft in ganz Europa und das Wohl seiner Bür-
43 ger fördern. Allerdings bedarf es dazu eines Russlands als fairen Partner.

44 ***Humanitäre Katastrophen verhindern***

45 Mit den Konflikten in Syrien, Irak und Libyen hat die Zahl der Flüchtlinge weltweit den höchsten Stand
46 seit Anfang der 90-er Jahre erreicht. Angesichts der beschämenden Katastrophen im Mittelmeer, wo
47 tagtäglich unzählige Flüchtlinge ihr Leben verlieren, ist es dringend erforderlich, dass alle Mitgliedstaa-
48 ten der EU weiterhin und verstärkt humanitäre Hilfe für die Millionen von Flüchtlingen mobilisieren.
49 Dabei müssen die damit verbundenen Aufwendungen angemessen und gerecht auf alle Mitgliedstaa-
50 ten verteilt werden. Die EU benötigt dringend eine europäische Flüchtlingspolitik sowie eine gemein-
51 same Asyl- und Einwanderungspolitik.

52 Frieden in Europa ist nur möglich, wenn das Völkerrecht und die Souveränität der Staaten ebenso
53 geachtet werden, wie die Rechte von Minderheiten. Und, Frieden in Europa ist nur möglich, wenn sich
54 nicht militärische Blöcke mit gegeneinander gerichteten Nuklearwaffen bedrohen sondern grenzüber-
55 greifende kulturelle und wirtschaftliche Brücken gebaut werden.

56 ***Globale Zusammenarbeit gerecht gestalten***

57 Freihandelsabkommen, insbesondere mit unseren Verbündeten USA, Kanada und Japan werden die
58 wirtschaftliche Entwicklung in Europa positiv beeinflussen. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass
59 demokratische, rechtsstaatliche, soziale, ökologische sowie verbraucher- und datenschutzrechtliche
60 Standards abgesenkt werden.

61 Das ökonomische und politische Gewicht der sogenannten Schwellenländer (u.a. China, Brasilien,
62 Indien) nimmt in der internationalen Politik kontinuierlich zu. Zur Lösung globaler Herausforderungen,
63 wie etwa Klima- und Umweltschutz, Bevölkerungswachstum, Migration und Pandemien müssen auch
64 diese Länder einbezogen werden. Der Dialog und die Kooperation mit diesen Ländern sollte auf glei-
65 cher Augenhöhe intensiviert werden. Ein wirksames Instrument hierfür ist der Aus- und Aufbau neuer
66 strategischer EU-Partnerschaften. Nachhaltiges Ziel gemeinsamer europäischer Politik muss die
67 Schaffung einer neuen, gerechten Weltordnung sein, die die Kluft zwischen Arm und Reich dauerhaft
68 verringert und damit auch wesentlich zu Gerechtigkeit und Sicherheit auf der Welt beiträgt. Europäi-
69 sche Entwicklungspolitik muss bedürftige Länder nachhaltig unterstützen und damit helfen, Armut zu

70 bekämpfen und die existentiellen Lebensgrundlagen der Bevölkerung abzusichern und allen Men-
71 schen in ihrer Heimat eine Arbeits- und Lebensperspektive zu geben.

72 ***Europa demokratisch und sozial weiterentwickeln***

73 Rund ein Jahr nach den Wahlen zum Europäischen Parlament und mit einer neuen EU-Kommission
74 geht es nun darum, in der Gestaltung der Politik der EU die richtigen Prioritäten zu setzen.

75 Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der inakzeptabel hohen Jugendarbeitslosigkeit,
76 muss dabei für die Mitgliedstaaten unterstützt durch die EU eine Hauptaufgabe sein. Massenarbeitslo-
77 sigkeit stellt eine enorme Bedrohung für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar
78 und untergräbt letztlich auch die Legitimität des europäischen Integrationsprozesses.

79 Die Verankerung von Mindeststandards bzw. deren Ausbau – sei es im Bereich der Sozialpolitik oder
80 im Arbeitsrecht – sowie weitere Harmonisierungen im Steuerrecht stellen notwendige Instrumente dar,
81 um einen Wettbewerb nach unten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu verhindern. Jenen Steu-
82 ersystemen muss einen Riegel vorgeschoben werden, die es globalen Konzernen zum Schaden aller
83 anderen Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Steuerleistung gegen Null zu reduzieren. Gleichzeitig muss
84 die möglichst weitreichende Einführung der Finanztransaktionssteuer dafür sorgen, dass auch der
85 Finanzsektor an der Bewältigung der Krisenkosten maßgeblich beteiligt wird. Auch die Zielsetzung der
86 EU-Verträge, den sozialen Ausgleich zu unterstützen, scheint in immer weitere Ferne zu rücken. Da-
87 mit das Versprechen eines „Europa der Bürger“ kein leeres Schlagwort bleibt, muss der gemeinsame
88 Binnenmarkt ein hohes Niveau an sozialen und ökologischen Standards haben.

89 Die vergangenen Europawahlen haben mit der erstmaligen Nominierung von Spitzenkandidaten der
90 jeweiligen Parteifamilien zu einem Demokratieschub geführt. Diesen gilt es fortzusetzen, in dem etwa
91 die Regeln für eine Europäische Bürgerinitiative erleichtert und das Wahlrecht zum Europäischen Par-
92 lament hin zu einem einheitlichen europäischen Wahlrecht modernisiert wird. Im Zuge einer möglichen
93 Vertragsänderung muss der Stärkung der demokratischen Qualität der EU ein besonderer Schwer-
94 punkt zukommen.

95 Die entscheidende Frage, der sich die Europäer angesichts aller alten und neuen Herausforderungen
96 schnellstmöglich stellen müssen, ist, zu welchem Europa sie sich weiterentwickeln wollen. Die Schaf-
97 fung eines europäischen Bundesstaats wird in mehrerlei Hinsicht gegenseitige Solidarität abverlan-
98 gen. Diese Solidarität wird allerdings der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg sein:

99 **Ein Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand!**